

Der Digitalisierungsmonitor 2019

Vor den Eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober 2019 lancierte die BFH in Kooperation mit den Universitäten Zürich und Genf sowie mit der Online-Wahlhilfe smartvote und dem ICT- und Online-Brancheverband Swico den «Digitalisierungsmonitor 2019». Dieser soll dazu beitragen, dass das wichtige Zukunftsthema Digitalisierung auf die Wahlkampfagenda gesetzt wird und dass die Kandidierenden und die Wählerschaft dafür sensibilisiert werden.

Auch wenn aus heutiger Sicht niemand präzise vorher-sagen kann, welche Folgen die Anwendung von Künstlicher Intelligenz, allgegenwärtiger Vernetzung, Big-Data-Verlinkungen und Roboterisierung für unser Leben haben wird, ist die Politik bereits stark herausgefordert: Als Forscherinnen und Forscher an Hochschulen und in Unternehmen, als Konsumentinnen und Konsumenten sowie als Bürgerinnen und Bürger erwarten wir vom neuen Parlament wegweisende Ent-scheide, die für das Bild prägend sein werden, das die zukünftige Schweiz gegenüber der eigenen Bevölke-rung und der Welt vermittelt.

Vor der Wahl drohte jedoch gleich in doppelter Hin-sicht ein Informationsdefizit: Einerseits hätten die neu- en Parlamentsmitglieder mit Digitalisierungsthemen in Berührung geraten können, zu denen sie sich vor-gängig noch nie Gedanken gemacht haben – weil sie sich diese bis anhin ganz einfach nicht machen mus-sen. Andererseits hätten die Wählerinnen und Wähler ganz ohne die Möglichkeit dastehen können, sich vor der Stimmabgabe eingehend über die Haltungen der Kandidierenden und Parteien in Bezug auf eine Reihe bedeutender Digitalisierungsfragen informieren zu können.

Zwar weiss die Wählerschaft dank Tools wie smart-vote ziemlich genau Bescheid, wie die Kandidierenden zu vielen der herkömmlichen – und deshalb keines-wegs unwichtigen – Themen wie Migration, Umwelt-schutz, Sicherheit, Steuern, Wirtschaftsfreiheit usw. stehen. Doch um das Metathema Digitalisierung ange-messen abzubilden, stand im Standardfragebogen von smartvote schlicht zu wenig Platz zur Verfügung.

Um diesen Mangel an Information zu beheben, spannte das BFH-Zentrum Digital Society mit den ent-sprechenden Kompetenzstellen der Universität Zürich und der Universität Genf sowie mit Swico, dem Wirt-schaftsverband der ICT- und Online-Branche, zusam-men. Geschaffen wurde der Digitalisierungsmonitor 2019, der die Einstellungen und Positionen der Kandi-dierenden zu den wesentlichen Dimensionen der Digi-talisierung erfasste und so eine wertvolle Informations-grundlage für die Wählerschaft bot.

Bis Ende Mai arbeiteten die Expertenteams der be-teiligten Partner unter Beteiligung ihrer angeschlos-senen Digitalisierung-Communities einen Fragebogen aus, der bis Juni auf Deutsch, Französisch und Italie-nisch zur Verfügung stand. Ab Mitte Juni wurden alle Kandidierenden, welche den normalen, thematisch breit gefächerten smartvote-Fragebogen ausfüllten auch auf die Zusatzumfrage zur Digitalisierung hinge-wiesen. Die Kandidierenden konnten so ihre Positio-nen bezüglich verschiedener Digitalisierungsdimen-sionen kundtun und ihre Haltung gegenüber der Öffentlichkeit transparent machen. Die Fragen des Digitalisierungsmonitors 2019 ermöglichten das Er-stellen eines Digitalisierungsprofils, das die Einstel-lung der Kandidierenden zusätzlich veranschaulicht.

Die Ergebnisse des Digitalisierungsmonitors 2019 wurden im September der Öffentlichkeit präsentiert, in der Hoffnung, damit einen Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung und der Parteien im Hinblick auf die Wahlen vom 20. Oktober – und darüber hinaus – zu leisten.

Erste Ergebnisse wurden im September 2019 über unseren Projektpartner SWICO der Öffentlichkeit prä-sentiert und haben ein breites Echo ausgelöst. Für viele Beobachter war die Tatsache, dass bis zum damali-gen Zeitpunkt kurz vor den Schweizer Wahlen ledig-lich knapp 20 Prozent der insgesamt rund 4700 Kandi-dierenden den Fragebogen ausgefüllt hatten, ein Finger-zeig, dass Digitalisierungsthemen von der Politik noch viel zu stiefmütterlich behandelt werden.

Immerhin kann aufgrund der ersten Resultate fest-gestellt werden, dass die Kandidierenden aller Parteien die Digitalisierung als Chance betrachten und positive Auswirkungen auf den Wohlstand, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Qualität der Arbeit und den Zugang zu Wissen und Bildung erkennen. Aus den «analogen» Politikfeldern bekannt sind die grossen Unterschiede zwischen den Parteien bei der Frage, wie viel staatliche Regulierung es für die neuen digitalen Technologien und Dienstleistungen braucht. Insgesamt zeigten die vorläufigen Auswertungen, dass unter den grossen Parteien FDP-Liberale und GLP die Digi-ta-



lisierung am raschesten und umfassendsten voranbringen wollen, während SVP und Grüne die skeptischste Position einnehmen. Die definitiven Ergebnisse des Digitalisierungsmonitors publiziert die BFH im ersten Quartal 2020. ■



Dr. Daniel Schwarz Badertscher
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Institut Public Sector Transformation
daniel.schwarzbadertscher@bfh.ch